Bei unserer Veranstaltung "Karow fragt - Politiker antworten" am 18.6.2026 (Youtube-Mitschnitt) konnten leider nicht alle Fragen beantwortet werden - fünf sind übriggeblieben. Wir haben alle Teilnehmer darum gebeten, uns diese noch im Nachgang zum Zwecke der Veröffentlichung auf unserer Website zu beantworten. Antworten erhalten haben wir von Johannes Kraft (CDU), Jörn Pasternack (CDU) und Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen):

Frage 1
Nur Sozialwohnungen zu bauen, reicht einfach nicht aus. Wie wollen Sie verhindern, dass durch die Masse an neuen Bauten der soziale Frieden kippt und Karow zum Kriminalitätsschwerpunkt wird?

Johannes Kraft, CDU
Die Mischung machts. Zahlreiche Erfahrungen zeigen, dass Kieze dann stabil sind und langfristig lebenswert bleiben, wenn es eine Mischung aus Eigentumswohnungen, genossenschaftlichem Wohnen, Wohnungen von landeseigenen und privaten Wohnungsbaugesellschaften gibt. Dafür setzen wir uns auch in Karow ein. Denn es gibt auf den betroffenen potentiellen Baufeldern private Eigentümer. Teile der Flächen, die sich im Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaften befinden, möchten wir Genossenschaften zur Verfügung stellen.

Jörn Pasternack, CDU
Entscheidend ist, dass neue Wohnquartiere sozial ausgewogen, städtebaulich verträglich und maßvoll entwickelt werden. Genau das ist auch der Ansatz, der bereits in den Zwischenberichten zur Drucksache VIII-1575 "Karow ist schön und soll es auch bleiben II" beschrieben wurde. Eine Überforderung des Ortsteils soll durch maßvolle Bebauung vermieden werden. Aus meiner Sicht gilt: Die Mischung macht es. Zahlreiche Erfahrungen zeigen, dass Kieze dann stabil, sicher und langfristig lebenswert bleiben, wenn unterschiedliche Wohnformen zusammenkommen: Eigentumswohnungen, genossenschaftliches Wohnen, Wohnungen landeseigener Wohnungsbaugesellschaften sowie Angebote privater Wohnungsunternehmen. Für eine solche ausgewogene Mischung setzen wir uns auch in Karow ein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich Teile der betroffenen potenziellen Baufelder in privatem Eigentum befinden. Zugleich wollen wir dort, wo Flächen städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehören, auch prüfen und ermöglichen, dass Teile dieser Flächen Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist kein einseitiges Quartier, sondern ein sozial gemischter, stabiler und lebenswerter Ortsteil.

Bettina Jarasch, Bündnis 90/Die Grünen
In Karow ist die Kinderarmut in den letzten Jahren erschreckend angestiegen. Für diese Kinder und Jugendlichen wie auch für alle anderen Kinder und Jugendlichen braucht es endlich mehr Angebote, die sie stärken, fördern und auch Spass machen. In den letzten Jahren ist allerdings kaum etwas vorangegangen. Mehr soziale oder auch kulturelle Angebote und eine bessere Anbindung wird es nur geben, wenn in Karow gebaut wird. Wer anderes behauptet, spricht nicht die Wahrheit. Damit eine gute soziale Mischung in Karow erhalten bleibt, braucht es vor allem Wohnungen für junge Familien und für die Mittelschicht, die hart arbeitet und dennoch keine Wohnungen mehr findet in Berlin. Deshalb wollen wir, dass in Karow auch Genossenschaften beim Neubau zum Zug kommen, denn sie schaffen Angebote auch für Menschen, die sich nach ihren eigenen vier Wänden sehnen. - Natürlich braucht es in Berlin auch genug Sozialwohnungen, aber die müssen sich gleichmäßig über die Stadt verteilen, denn wir wollen überall eine gute soziale Mischung.

Frage 2
Was ist Ihr konkretes Konzept für Sicherheit, funktionierende Infrastruktur und vor allem für ein gutes Miteinander von Alt- und Neu-Karowern?

Johannes Kraft, CDU
Auch vor dem Hintergrund der zahlreichen potentiellen Neubaugebiete in unserer Region braucht es eine Polizeiwache und damit verbunden mehr Präsenz der Ordnungskräfte. Dafür setzen wir uns bereits seit vielen Jahren ein. Sollten die neuen Stadtquartiere gebaut werden, müssen dort auch Einrichtungen der Infrastruktur integriert werden, von denen auch die bereits hier lebenden Menschen profitieren. Eine zentrale Herausforderung ist die Verkehrsinfrastruktur. Hierzu haben wir gemeinsam mit zahlreichen Vereinen, Initiativen und Stiftungen aus der Region bereits 2019 ein umfangreiches Verkehrskonzept entwickelt. Dieses wurde zu großen Teilen von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz übernommen. Das Konzept ist hier zu finden: https://johannes-kraft.de/Verkehrskonzept

Jörn Pasternack, CDU
Das Konzept für Sicherheit, funktionierende Infrastruktur und ein gutes Miteinander von Alt- und Neu-Karowern umfasst mehrere zentrale Aspekte. Für die Sicherheit ist wichtig, dass die Polizei im Umfeld präsent bleibt und die zuständigen Stellen eng zusammenarbeiten. Dazu gehört ein fortlaufender Austausch zwischen den Senatsverwaltungen, dem Bezirk und der Polizei, damit auf Entwicklungen frühzeitig reagiert werden kann. Zugleich muss die Infrastruktur von Anfang an mitwachsen. Neue Quartiere dürfen nicht isoliert entstehen, sondern müssen Einrichtungen mitbringen, von denen auch die heutigen Karowerinnen und Karower profitieren: Kitas, Schulen, soziale Angebote, Grünflächen und Orte der Begegnung. Eine zentrale Frage bleibt die Verkehrsinfrastruktur. Bereits 2019 haben wir gemeinsam mit Vereinen, Initiativen und Stiftungen aus der Region ein umfangreiches Verkehrskonzept entwickelt, das zu großen Teilen von der zuständigen Senatsverwaltung übernommen wurde. Für ein gutes Miteinander braucht es frühzeitige Beteiligung, transparente Planung und konkrete Begegnungsangebote. Ziel ist, dass Karow wachsen kann, ohne seinen Charakter zu verlieren.

Bettina Jarasch, Bündnis 90/Die Grünen
Menschen müssen sich begegnen können, damit das Miteinander funktioniert. Deshalb braucht es mehr soziale, kulturelle und auch sportliche sowie gastronomische Angebote in Karow. Wenn Menschen einander kennen, nehmen sie auch mehr Rücksicht und halten sich an die Regeln, die für alle gelten. Dunkle Ecken oder Durchgänge, die zumindest vielen Frauen Angst machen, sollte es nicht geben. Der neue S-Bahn-Chef hat angekündigt, dass er für mehr Sicherheit auch Bahnhöfe umbauen will. Wir werden mit ihm ins Gespräch gehen, damit das auch in Karow und in Buch passiert.

Frage 3
Karow hat 3 Hauptverkehrs- u. Durchgangsstraßen: die Bahnhofstr., die Blankenburger Chaussee und Alt Karow. Wie ist der Planungsstand für die "Fahrbahnentwässerung" in "Alt Karow"? Die östliche Fahrbahn ist bei Niederschlägen mitunter bis zur Fahrbahnmitte überschwemmt.

Johannes Kraft/Jörn Pasternack, CDU
Die Fahrbahn der Straße Alt-Karow wird durch sog. Mulden-Rigolen-Systeme entwässert. Ein Mulden-Rigolen-System sammelt Regenwasser zunächst in einer flachen, begrünten Mulde. Von dort versickert das Wasser langsam in den Boden oder gelangt in eine darunterliegende Rigole - einen mit Kies oder speziellen Speicherelementen gefüllten unterirdischen Hohlraum. Die Rigole speichert das Wasser vorübergehend und gibt es zeitverzögert an den Boden ab. Dadurch wird die Kanalisation entlastet und gleichzeitig das Grundwasser wieder aufgefüllt. Damit wird der Grundwasserspiegel stabilisiert und die Wasserversorgung sichergestellt. Bei Starkregenereignissen kann dies dazu führen, dass die Mulden die großen Wassermengen nicht aufnehmen können, so dass es sich auf der Straße

sammelt. In solchen Fällen ist die Kanalisation bereits stark belastet und es kann aufgrund des Mischwassersystems in Teilen Berlins dazu kommen, dass auch Fäkalien in die Gewässer abgeleitet werden müssen. Häufig lassen sich die beschriebenen Probleme durch eine Reinigung und Sanierung der Mulden beheben. Dafür werde ich mich einsetzen.

Bettina Jarasch, Bündnis 90/Die Grünen
Bei der Frage war es uns leider nicht möglich, eine sinnvolle Antwort zu formulieren. Das bitte ich zu entschuldigen.

Frage 4
Wie ist der pol. Werdegang / wie sind Sie in die Politik gekommen?

Johannes Kraft, CDU
In den ersten Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung habe ich in Buch Abitur gemacht und die Unzufriedenheit meiner Mitschüler und Freunde ließ mich nachdenklich werden. Also überlegte ich mir, wie man die Dinge, die einen stören oder die besser sein müssten, verändern könnte. Schnell kam ich auf die Politik. Ich habe mir unterschiedliche Parteien angeschaut und mich für die CDU entschieden. Im Jahr 2005 kam ich in die Bezirksverordnetenversammlung Pankow, hier war ich von 2006 bis 2021 Vorsitzender der CDU-Fraktion. Im Jahr 2021 wurde ich direkt im Pankower Wahlkreis 1 (Buch, Buchholz, Karow) in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Bei der Wiederholungswahl 2023 konnte ich dank der Unterstützung vieler Menschen in der Region meine Arbeit im Abgeordnetenhaus für unsere Ortsteile fortsetzen. Meine thematischen Schwerpunkte waren immer Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Weitere Informationen zu mir und dem, was ich neben der Politik mache, finden Sie hier: https://johannes-kraft.de/werbinich

Jörn Pasternack, CDU
In die Kommunalpolitik bin ich durch meinen Einsatz als Bürger für eine maßvolle Bebauung der Elisabeth-Aue gekommen. Dabei habe ich erlebt, wie wichtig es ist, dass die Anliegen der Menschen vor Ort ernst genommen werden und dass Entwicklung nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg geplant wird. Aus diesem Engagement heraus ist mein politischer Weg entstanden. Mir geht es bis heute darum, Politik nah an den Menschen zu machen und Probleme konkret anzupacken.

Bettina Jarasch, Bündnis 90/Die Grünen
Nach dem Abitur habe ich eine Ausbildung zur Redakteurin gemacht, mein Volontariat bei der Braunschweiger Zeitung absolviert und anschließend bei der Augsburger Allgemeinen gearbeitet - bevor ich mich noch einmal umentschieden und ein Magisterstudium in Philosophie, Literatur- und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin aufgenommen habe. Danach war ich selbstständige Texterin und Projektentwicklerin und habe für verschiedene Mitglieder des Bundestages gearbeitet. Ich hatte also zunächst über Politik geschrieben und dann für andere in der Politik gearbeitet - und irgendwann wurde mir klar: Ich will selbst Politik machen. Von 2009 bis 2011 gehörte ich dem Landesvorstand der Berliner Grünen an, den ich anschließend von 2011 bis 2016 als Landesvorsitzende geführt habe. Parallel war ich von 2013 bis 2018 Mitglied im Bundesvorstand unserer Partei. Von 2016 bis 2021 durfte ich als Mitglied des Abgeordnetenhauses Politik für Berlin machen, als Sprecherin meiner Fraktion für Religionspolitik, Integration und Flucht. 2021 wurde ich als Spitzenkandidatin meiner Partei für die Wahl zum Abgeordnetenhaus nominiert und anschließend Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - bis zur Wahlwiederholung 2023, bei der ich erneut als Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen Berlin angetreten bin. Nach dem Regierungswechsel wurde ich Fraktionsvorsitzende, und seit 2025 bin ich gemeinsam mit unserem

Bürgermeisterkandidaten Werner Graf Co-Spitzenkandidatin für die Berliner AGH-Wahl 2026.

Frage 5
Wie steht es um die Wasserversorgung ab 2040? Gibt es Bestrebungen, die Hauptstadt mit Wasser von der Ostsee oder der Elbe zu versorgen?

Johannes Kraft, CDU
Mir sind keine solchen Planungen bekannt. Allerdings wird in Berlin bereits sehr viel getan, um die Grundwasserstände und die der Gewässer zu sichern. Insbesondere das sog. Schwammstadtkonzept spielt hier eine zentrale Rolle. Ziel ist es insbesondere Niederschlagswasser (Regen) zurückzuhalten und im Boden zu speichern. Ganz konkret erfolgt dies durch Flächenentsiegelungen, Mulde- Rigolen-System zum Beispiel bei der Straßenentwässerung und Retentionsflächen, sowie Fassaden- und Dachbegrünung. Bei Neubauvorhaben sind die Maßnahmen verpflichtend umzusetzen.

Jörn Pasternack, CDU
Die Wasserversorgung wird in Berlin langfristig geplant, insbesondere über das Wasserversorgungskonzept bis 2040 und den Masterplan Wasser. Dabei werden Trinkwasserbedarf, Grundwasser, Gewässerqualität, Klimawandel und Naturschutzanforderungen gemeinsam betrachtet. Mir sind keine beschlossenen Planungen bekannt, Berlin künftig über eine Ostsee- oder Elbleitung mit Trinkwasser zu versorgen. Solche Varianten werden aber in der Fachdebatte und in länderübergreifenden Szenarienbetrachtungen diskutiert. Der Berliner Ansatz setzt derzeit vor allem auf eine integrierte Sicherung der vorhandenen Wasserressourcen. Dazu gehört auch das Schwammstadtprinzip: Regenwasser soll möglichst vor Ort zurückgehalten, versickert und gespeichert werden. Konkret geht es um Entsiegelung, Mulden-Rigolen-Systeme, Retentionsflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünung. Gerade bei Neubauvorhaben müssen solche Maßnahmen von Anfang an mitgedacht und geprüft werden.

Bettina Jarasch, Bündnis 90/Die Grünen
Wir sehen die Wasserversorgung aufgrund der Klimakrise, des Nutzungsdrucks und der Folgen des Braunkohleabbaus in der Lausitz mit großer Sorge. Für uns hat deshalb die Entwicklung tragfähiger Szenarien und Lösungen höchste Priorität. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern, den Berliner Wasserbetrieben (BWB) und der LEAG Maßnahmen erarbeiten, um die Wasserversorgung Berlins langfristig zu sichern. Bereits aus der Opposition heraus haben wir den Senat nach dem Stand der Verhandlungen gefragt, jedoch nur ausweichende Antworten erhalten. Großräumige Überleitungen aus der Elbe oder sogar der Ostsee wären nicht nur ökologisch problematisch, sondern auch kosten- und zeitintensiv und politisch nur schwer durchsetzbar. Wir GRüNE bevorzugen Lösungen, die mit möglichst wenig umweltintensiven Eingriffen auskommen. Ein wichtiger Baustein ist die Stärkung des natürlichen Wasserhaushalts. Wir setzen uns seit Jahren für das Leitbild der Schwammstadt ein: mehr Entsiegelung und Begrünung, die Abkopplung von der Mischwasserkanalisation sowie Maßnahmen, die Regenwasser vor Ort halten und versickern lassen, statt es schnell abzuleiten. Die Einführung der vierten Reinigungsstufe in den Klärwerken soll dazu beitragen, mehr Grundwasser in der Stadt anzureichen. Außerdem wollen wir die Gewinne der Berliner Wasserbetriebe für zusätzliche Investitionen in den Berliner Wasserhaushalt nutzen, bevorzugt für natürliche Maßnahmen. Wir finden, dass Anreize zum Wassersparen keine "Verbotspolitik", sondern in Dürrezeiten vernünftig sind. Insbesondere wollen wir dafür ein zusätzliches Oberflächenwasserentnahmeentgelt einführen, das es in fast allen Bundesländern bereits gibt und zum Wassersparen anhält.